

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/0475**

Eingang: 13.04.2021

Jugend gestärkt in der Krise

| Gremium | Termin | TOP | ö | nö |
|-------------|------------|-----|---|----|
| Gemeinderat | 18.05.2021 | 18 | x | |

1. Solange die Pandemie anhält, stellt die Stadtverwaltung sicher, dass bei wichtigen Entscheidungen auch die Perspektive von Jugendlichen Gehör findet, indem zentrale Akteur*innen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dies kann z.B. durch die direkte Einbeziehung in entscheidende Gremien oder in Form regelmäßiger runder Tische gesichert werden.
2. Die Stadtverwaltung unterstützt den stja bei Bedarf z.B. durch Schnelltests und die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder digitaler Infrastruktur aktiv dabei, Formate der offenen Jugendarbeit und -beteiligung wie die Jugendkonferenz im Juli auch in Präsenz weitestgehend zu ermöglichen, sofern das Infektionsgeschehen dies erlaubt.
3. Die Stadt prüft gemeinsam mit dem stja ihr bisheriges Portfolio an Angeboten für Jugendliche dahingehend, welche Zielgruppen im Zuge der Pandemie nicht mehr erreicht werden und erarbeitet Strategien, um den Kontakt zu diesen Gruppen bei möglichen Öffnungen wieder aufzubauen.
4. Die Verwaltung überprüft, inwieweit sie ihre datenbasierte Sozialplanung in der Pandemie besser auf die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen abstimmen kann. Die Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.
5. Die Stadt erarbeitet eine Öffentlichkeits-Kampagne, um Jugendlichen die bestehenden Hilfe- und Beratungsstrukturen in Karlsruhe bekannt zu machen. Dabei werden die Schulen miteinbezogen.

Begründung/Sachverhalt

Kinder und Jugendliche gehören zu den gesellschaftlichen Gruppen, deren Lebenswelt durch die Pandemie am drastischsten eingeschränkt wird. Die dramatischen psychischen und sozialen Folgen dieser mittlerweile sehr lange anhaltenden Ausnahmesituation sind laufend Gegenstand medialer Berichterstattung. Eine besondere Herausforderung für Kommunen ist es daher, Bedarfe von Jugendlichen zielgruppen- und sozialraumspezifisch zu erkennen sowie Angebote zu ermöglichen, welche in der bestehenden Notlage der Pandemie-Situation tatsächlich Abhilfe leisten können.

Ein zentraler Aspekt der Bedarfsermittlung ist das Grundprinzip, dass Betroffene gehört und bei zentralen Entscheidungen beteiligt werden. Jugendbeteiligung ist keine verzichtbare Einrichtung zum Zeitvertreib, sondern besonders in Krisenzeiten system- und perspektivisch sogar demokratierelevant. Daher kann es ein erster wichtiger Schritt sein, die Situation von Jugendlichen bei zentralen Entscheidungen der Pandemiebekämpfung nicht nur mitzudenken, sondern sie direkt daran zu beteiligen. Dafür können bestehende Strukturen wie der stja, der Arbeitskreis der Karlsruher Schülervertreter (AKS) oder gewählte Vertreter*innen der Jugendkonferenz einbezogen werden. Außerdem muss es ein zentrales Ziel kommunalen Handelns sein, Angebote der offenen Jugendarbeit sowie der Jugendbeteiligung soweit zu

ermöglichen, wie es die Infektionslage zulässt. Dabei können beispielsweise eine Schnellteststrategie für Präsenzveranstaltungen wie die Jugendkonferenz, die niedrigschwellige Bereitstellung von zusätzlichen Räumlichkeiten oder digitaler Infrastruktur wie Videokonferenzsystemen für die offene Jugendarbeit unterstützend wirken.

Zudem kann eine an die Pandemiesituation angepasste, datenbasierte Sozialplanung Bedarfssituationen von Jugendlichen besser abbilden und so zu einem wertvollen Überblicks- und Planungs-Tool für Verwaltung und Gemeinderat ausgebaut werden. Durch die Verknüpfung von sozialräumlich untergliederten Daten wie zur Entwicklung häuslicher Gewalt, Betreuungsquoten vor Corona, zu SGB II-Quoten, Dichte von Wohngebieten, dem Anteil an Grünflächen in einem Quartier und weiteren Faktoren können so beispielsweise Social Heat Maps entstehen, die zielgerichtetere und passgenauere Angebote in der Krise ermöglichen.

Immer mehr Jugendliche zeigen depressive Verstimmungen und psychische Auffälligkeiten; das Suizidrisiko bei Jugendlichen ist während der Pandemie deutlich angestiegen. Daher ist ein weiterer zentraler Aspekt der Pandemiebekämpfung der niedrigschwellige Zugang für Jugendliche zu bestehenden Beratungs- und Hilfsangeboten in der Stadt. Eine Öffentlichkeitskampagne mit Einbindung der Karlsruher Schulen kann dabei helfen, Bewusstsein für bestehende Unterstützungsangebote zu schaffen und Jugendliche diesen zuzuführen.

Unterzeichnet von:

Benjamin Bauer

Jorinda Fahringer

Renate Rastätter

Michael Borner

Verena Anlauf

Dr. Iris Sardarabady

Aljoscha Löffler